

## **Zur Großen Anfrage Hilfen zur Erziehung in der BVV – Drei Thesen**

Die große Anfrage und die Antworten sind sehr zahlen- und statistiklastig. Das liegt daran, dass ihr Hauptaugenmerk – legitimerweise – auf der Kostenentwicklung der Hilfen zur Erziehung und den Steuerungsmaßnahmen ruht. Ein Dauerbrennerthema mit einer gewissen Spannungskurve:

Im November 2013 fragte Herr Hoffmann von der CDU: „Entgleist der Haushalt wegen Hilfen zur Erziehung?“ Hintergrund war die Budgetüberschreitung von ca. 3 Mio Euro in diesem Bereich.

### **1. Hinter den Zahlen steckt eine reale Lebens- und Gesellschaftssituation**

Stadträtin Dr. Sandra Obermeyer antwortete damals, dass insbesondere auch die sozialen Rahmenbedingungen zu beachten sind. Wir haben in Lichtenberg die höchste Zahl Alleinerziehender im Transferleistungsbezug. Von denen, die HzE in Anspruch nehmen, sind über 50% alleinerziehend, haben also wenig familiäre Ressourcen. Laut Sozialstrukturatlas haben wir zudem sich verfestigende soziale Problemlagen in manchen Stadtteilen Lichtenbergs und wir haben eine ansteigende Zahl Einwohnender im maßgeblichen Alter von 0-21 Jahren. Dies sind alles Faktoren, die statistisch eine hohe Hilfedichte begründen. Wobei wir nicht vergessen dürfen: Von 1000 Jugendeinwohnern erhalten durchschnittlich „nur“ 40 Hilfen zur Erziehung, wir sprechen insgesamt von ca. 2000 Fällen jährlich. Diese Gesamtzahl widerspricht also überhaupt nicht der Aussage, dass sich der Bezirk Lichtenberg in Teilen sozialstrukturell positiv entwickelt. Wir sprechen hier über eine bestimmte Gruppe von Menschen, die auch aufgrund innerstädtischer Verdrängungsprozesse in unserem Bezirk (aber auch in Reinickendorf, Spandau und Marzahn-Hellersdorf) leben, weshalb wir insgesamt auch eine Fallzahlsteigerung beobachten. In den letzten 5 Jahren ca. 25 %, was sich in der Anfrage nicht abbildet, weil sie nur nach den letzten Monaten fragt. Wir sind insg. ein „HzE-Zuwanderungsbezirk“, neben Marzahn-Hellersdorf und Spandau u.a..

Wie sehen nun die Zahlen aus?

Nach bisheriger Prognose kann unter Berücksichtigung der Basiskorrektur voraussichtlich eine Einhaltung der Budgets zum Jahresende erreicht werden. Es kann sogar ein positives Jahresergebnis erreicht werden. Das liegt u.a. daran, dass die Kosten für Fallzahlsteigerungen teilweise – im Nachhinein – vom Land übernommen werden.

### **Das hört sich eigentlich gut an, oder? Was aber nicht vergessen werden darf: Hinter den Fallzahlsteigerungen stehen (mehr) Menschen, die Hilfe benötigen.**

Und: Es werden nicht alle Kosten der Fallzahlsteigerungen ausgeglichen, da die Senatsverwaltung für Finanzen davon ausgeht, dass die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung steuerbar ist. Eine strittige Annahme. Zurzeit wird auf Landesebene über Veränderungen im Zuweisungssystem debattiert.

## 2. Steuerung geht – aber was sind die Risiken und Grenzen der Steuerung?

Es stellt sich daher die Frage, wie dieses aktuell gute Ergebnis erreicht werden konnte, bei einem schwierigen Prozess wie der Gewährung von Hilfen zur Erziehung. In der Vorbemerkung zur Antwort werden im Überblick einige Maßnahmen genannt, die auch Gegenstand einer Kooperationsvereinbarung mit der Serviceeinheit Finanzen des Bezirksamtes sind. Hervorzuheben sind insbesondere Maßnahmen des Finanzcontrollings, wie das veränderte Fristcontrolling bei den Kostenübernahmen. So gelingt es nun weniger Kosten für Fälle des Vorjahres ins Folgejahr mitzunehmen. Insgesamt ist das Jugendamt bei der Abrechnung der Kosten bereits sehr schnell.

Steuerung hat natürlich auch fachliche Aspekte, hier findet ein Prozess statt, der sorgfältig beobachtet werden muss.

In diesem Jahr konnten die Stückkosten bei den ambulanten Hilfen im Gegensatz zu 2013 in den Monaten Januar bis Mai deutlich gesenkt werden und lagen teilweise unter dem errechneten Median der Hilfeart. **Hier wirken sich die Steuerungsmaßnahmen seit Mitte 2013 durch veränderte Hilfefewährung und verringerte Hilfeumfänge aus sowie auch teilweise steigende Mediane. Allerdings werden in Einzelfällen auch Korrekturen nötig, wenn durch zu geringe Hilfeumfänge die fachlich angestrebte Wirkung nicht mehr erreicht werden kann.**

Lichtenberg konnte die im Jahr 2013 vergleichsweise hohen errechneten Stückkosten für die **stationäre Hilfe** in den ersten Monaten deutlich senken. Auch hier wirken sich Steuerungsmaßnahmen seit 2013 aus. Z.T. wurden neue Träger gewonnen, in Einzelfällen wurden komplexe Hilfen in mehreren Teilhilfen gewährt. Der Versuch, auch komplexe Hilfebedarfe ohne Zusatzleistungen im Rahmen des Medians zu finanzieren, erweist sich jedoch in einigen Fällen als nicht zielführend.

**Das Jugendamt muss also die Balance halten zwischen einerseits im Budget bleiben, wobei das Grundbudget, das der Senat zuweist, in Teilen zu niedrig ist, da die Fallzahlsteigerungen nicht ganz ausgeglichen werden. Andererseits muss laut Gesetz die angemessene Hilfe gewährt werden, das ist nicht immer die preisgünstigste.**

## 3. Hilfen zur Erziehung ist ein schwieriges Arbeitsfeld – es bedarf neben finanziellen ausreichender personeller Ressourcen.

Dass die personelle Situation der Jugendämter insg. nicht Schritt gehalten hat mit den Fallzahlsteigerungen ist kein Geheimnis; das ergibt sich u.a. auch aus der Antwort des Bezirksamtes auf die Große Anfrage Personal.

So wie es auf Seite der Hilfeempfangenden um Menschen geht, die Hilfe benötigen und nicht nur Fälle oder Fallzahlsteigerungen, geht es auch bei denen, die die Hilfe gewähren, um Menschen. Das sind nicht nur personelle Ressourcen, Teile eines Personalabbaukonzepts oder eines VZÄ-Bestandes, der kostet und Diensträume verbraucht, sondern das sind Beschäftigte mit einer hohen Verantwortung in einem schwierigen Arbeitsfeld, die mittlerweile zT sehr überfordert sind, weil sie 80 -100

Fälle managen müssen, kranke KollegInnen vertreten müssen, Controlling machen müssen, darüber berichten müssen, womöglich als ineffizient kritisiert und leider viel zu selten gelobt werden. Wir sind den Mitarbeitenden des Jugendamtes dankbar, dass sie im Großen und Ganzen Vieles sehr gut hinkriegen und trotz personeller Engpässe auch durch kluge Organisation und vorbildliche Arbeitsabläufe z.B. zu einem guten Kinderschutzstandard beitragen. Der Bezirk, d.h. die Personalabteilung muss seine Verantwortung für dieses Personal wahrnehmen.